

Chinesische Regierung will mehr als 100.000 Tibeter von ihrem angestammten Land vertreiben

Chinesische Staatsmedien berichten, daß die Regierung noch in diesem Monat mit der Umsiedlung tausender Tibeter aus ihrer traditionellen Heimat in Nagchu beginnen wird.

Die chinesische Regierung hat Pläne angekündigt, in den nächsten acht Jahren mehr als hunderttausend Tibeter aus ihrer Heimat auf dem tibetischen Hochplateau zwangsumzusiedeln.

Nach Angaben der chinesischen staatlichen Medien werden im nächsten Monat zunächst 17.555 Tibeter aus ihren Häusern in der Präfektur Nagchu, einem Gebiet von über 1.000 Kleinstädten und Dörfern im Norden Tibets, vertrieben. Sie werden 250 km weiter, nach Lhoka (chin. Shannan) im südlichen Teil der Autonomen Region Tibet, umgesiedelt.



Während die chinesische Staatspropaganda behauptet, der Grund für die Umsiedlung sei, die Menschen „den schwierigen Witterungsverhältnissen und den rückständigen Produktionsweisen und Lebensumständen“ zu entreißen, sind die tatsächlichen Folgen das Ende der traditionellen tibetischen Lebensweise. Die Bauern und Nomaden haben seit Jahrhunderten auf dem tibetischen Hochplateau eine nachhaltige Lebensweise gepflegt, und denjenigen, die umgesiedelt werden, wird oft nicht die Möglichkeit gegeben, zu bleiben, und sie werden auch nicht umfassend darüber informiert, was mit ihnen geschehen wird, wenn sie in eine ihnen völlig fremde Umgebung und Lebensweise gezwungen werden.

Die chinesische Regierung behauptet außerdem, daß die Umsiedlungen dem Schutz der Umwelt dienen würden, obwohl die wissenschaftlichen Beweise dafür fehlen, daß die Umsiedlungen positive Auswirkungen auf die Umwelt haben werden.

Frühere Umsiedlungsprogramme dieser Art, auch in Teilen der Provinz Qinghai, waren von Beobachtern wegen ihres zwanghaften Charakters und der Verarmung einst stolzer, wirtschaftlich gut gestellter tibetischer Nomaden und Bauern kritisiert worden. Man war der Ansicht, daß das Programm diese Tibeter auf ein Leben in erbärmlicher Abhängigkeit von staatlicher Großzügigkeit reduziert und sie gleichzeitig in sozioökonomischer Desorientierung zurückläßt.

Chinas aktueller Plan sieht die Umsiedlung von mehr als 130.000 Tibetern in fast 100 Gemeinden der TAR innerhalb von acht Jahren vor, wie Xinhua am 27. Juni berichtete.

Free Tibet fordert die führenden Politiker der Welt auf, diese Zwangsumsiedlungen zu verurteilen und China aufzufordern, alle Bemühungen zur Auslöschung der tibetischen Kultur einzustellen.

Eine ausführliche Darstellung der Problematik bringt Claude Arpi in seinem Artikel „Forced Relocation: for what?“, 4. Juli, <https://claudearpi.blogspot.com/2022/07/forced-relocation-for-what.html>